

Wie gelingt Demokratiebildung in turbulenten Zeiten?

Ein Kompetenzmodell für demokratische Schulkultur

Der Beitrag beleuchtet die aktuellen Herausforderungen der Krise unter dem Aspekt, inwiefern die Demokratie durch politische Bildung gestärkt werden kann. Er zeigt aber auch die Schwachpunkte in Gesellschaft und Politik auf und macht deutlich, welche tragende Rolle Schule spielen kann und muss, um jungen Menschen Kompetenzen zu vermitteln, die sie benötigen, um sich aktiv in Gesellschaft und Politik für ein demokratisches Miteinander einzusetzen.



Eva Feldmann-Wojtachnia

Leiterin, Forschungsgruppe
»Jugend und Europa«, CAP,
Ludwig-Maximilians-Universität
München

Demokratie in der Krise

Wenn Menschen in der Gesellschaft kein demokratisches Miteinander empfinden, sich ausgeschlossen fühlen, im persönlichen Leben ungerechte Machtstrukturen, Diskriminierung und soziale Ungleichheit erleben, wird die Zustimmung zur Demokratie häufig infrage gestellt. Dies führt zu gesellschaftlicher Polarisierung, Vertrauensverlust und dem Erodieren des demokratischen Systems (Helms 2017). Auch besteht zwischen der sozio-ökonomischen Lage der Bürger:innen und ihrer politischen Beteiligungsbereitschaft ein signifikanter Zusammenhang (Delvit 2013). Für das Funktionieren der repräsentativen Demokratie ist Partizipation ein Schlüsselement – unabhängig vom ökonomischen und kulturellen Kapital der Bürger:innen (Frey/Zimmer 2023). Deshalb gilt es, Sorgen und Nöte in der Gesellschaft ernst zu nehmen. Politik muss zuhören und Formate anbieten, in denen diese geäußert werden können. In der politischen Bildung auf die Vermittlung von Wissen über die Demokratie als politisches System und seine Akteure zu fokus-

sieren, greift zu kurz. Demokratiekompetenz ist in einem umfassenden Sinne zu stärken, damit die persönlichen Bedürfnisse und eigene Ideen artikuliert und reflektiert werden können. In turbulenten Zeiten zeigt sich, wie Menschen mit Belastungen und Stress umgehen. Die Frage nach der mentalen Gesundheit sowie der psychischen Widerstandskraft rückt in den Vordergrund und ist für die Demokratie eine zentrale Herausforderung. Resilienz zu entwickeln verlangt nach einer hohen Sozialkompetenz und einem proaktiven Bewältigungsverhalten. Soziale Bindungen und eine positive Selbstwirksamkeitserwartung sind ausschlaggebend. Diese Faktoren gilt es für eine gelingende Demokratiebildung verstärkt zu berücksichtigen.

Demokratie lernen und leben

Prinzipiell stehen sich Demokratie und Schule auf paradoxe Weise gegenüber: ohne eine wirklich demokratische Institution zu sein, hat die Schule den legitimierten Auftrag, junge Menschen für die freie demokratische Grundordnung zu befähigen. Im Zuge der 1968er Bewegung ist die Demokratiebildung in der Schule lebhaft diskutiert worden. Sie entwickelte sich von der Schüler:innenmitbestimmung über das Schulentwicklungsprogramm »Demokratie lernen und leben« der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und

Forschungsförderung (2002–2006) hin zu verbindlichen Empfehlungen der Kultusministerkonferenz (2009; 2018), in denen Demokratiebildung als Ziel und Praxis für die Schule beschrieben wird und in vielen Bundesländern in bildungspolitische Konzepte mündete.

In der außerschulischen Jugendarbeit nimmt der Diskurs zur nicht-formalen Bildung als »Entfaltungsprozess des Subjekts« (Bundesjugendkuratorium 2001) ab den 2000er Jahren eine zentrale Rolle ein. Hier sind gegenseitige Anerkennung, Gewaltverzicht, Fairness, soziale Kooperation und die Ermöglichung von Solidarität und Selbstverwirklichung wichtige Leitlinien. Sie fußen auf den Partizipationsrechten von Kindern und Jugendlichen (Sturzenhecker 2008). Kürzlich hat der Kooperationsverbund »Demokratiebildung im Kindesalter« im Rahmen des Bundesprogramms »Demokratie leben!« seine Tätigkeit aufgenommen. Ziel ist es, Demokratiebildung übergreifend im Bildungsbereich zu festigen, Expertise zu bündeln und aktuelle gesamtgesellschaftliche Diskurse fachlich zu begleiten.

Nicht nur systemische Faktoren und Institutionen müssen gestärkt, die Demokratie muss auch gelernt werden. Die Herausforderungen bei der Vermittlung von Kompetenzen

für eine demokratische Kultur sind vielfältig, besonders vor dem Hintergrund zunehmender rechtsradikaler Tendenzen und eines wachsenden Populismus, Rassismus und Antisemitismus in Gesellschaft und Politik. Es gibt zu denken, dass gemäß den jüngsten Untersuchungen der Universität Bielefeld die politische Bildung an weiterführenden Schulen in allen Bundesländern einen erstaunlich geringen Stellenwert einnimmt. Das zeigen die Ergebnisse des 5. Rankings der Politischen Bildung (Gökbudak/Hedtke/Hagedorn 2022). Für die gymnasiale Oberstufe kommt die Studie zu dem alarmierenden Ergebnis, dass kein Bundesland politische Bildung durchgehend verbindlich über die gesamte Sekundarstufe I und II vorsieht. Bedenklich sollte stimmen, dass in sechs Bundesländern die Schüler:innen die Oberstufe ganz ohne Unterricht in politischer Bildung abschließen, wobei in drei dieser Länder das Landtagswahlrecht ab 16 Jahren sowie in einem das Kommunalwahlrecht besteht und seit 2024 in Deutschland für die Europawahl das Wahlalter 16 eingeführt wurde. Die Studie weist zurecht darauf hin, dass die Lückenhaftigkeit der politischen Bildung bundespolitische Relevanz hat und bildungspolitisches Engagement erfordert. Eine lebhaft parlamentarisch-repräsentative Demokratie kann nur dann Stärke beweisen, wenn die Erstwähler:innen ihre politischen Entscheidungen auf der Basis einer fundierten politischen Bildung treffen können.

Eine zunehmend heterogene Gesellschaft muss Interesse daran haben, dass die junge Generation Zeit und Raum findet, ihre unterschiedlichen Wertorientierungen miteinander zu diskutieren und zu reflektieren. Ein zentraler Ort ist die Schule, ein passendes Format der kontinuierliche

Unterricht im Leitfach der politischen Bildung. Auch die Jugendarbeit bietet hierfür einen geeigneten Rahmen, z.B. mit den kommunalen »Partnerschaften für Demokratie« des Bundesprogramms »Demokratie leben!«. Es ließe sich sogar fragen, ob die politische Bildung der Jugendarbeit nicht der Schule methodisch-didaktisch und bildungspraktisch voraus ist. Andererseits ist die Schule die einzige Institution, die die Chance hat, alle Kinder und Jugendlichen zu erreichen und für die Demokratie zu gewinnen. Diese Chance gilt es zu nutzen. Nach den einschneidenden Erfahrungen der Pandemie und ihren anhaltenden Nachwirkungen müssen alle jungen Menschen, nicht nur einzelne Zielgruppen, befähigt, insbesondere aber empowert werden.

Praxis, Handlungsorientierung und Kompetenz

Unabhängig von der institutionellen Anbindung ist Demokratiepädagogik partizipativ, erfahrungsbasiert und ganzheitlich auszurichten, um jungen Menschen in Zeiten von Desinformation, Polarisierung und globaler Bedrohungen demokratische Haltungen, Resilienz gegen Populismus und Rechtsextremismus sowie Medienkompetenz zu vermitteln. Die Ableitung eines theoretischen Demokratieverständnis muss auf eigenen Erfahrungen basieren, damit es nachhaltig gefestigt und auch kritisch reflektiert werden kann – nicht umgekehrt.

Ein Blick nach Europa lohnt sich, wenn es um Konzepte und Ansätze zur Demokratieförderung in der Zivilgesellschaft geht, die Diskriminierung und Intoleranz proaktiv bekämpfen und und Radikalisierung nachhaltig vorbeugen. Die Europäische Union und der Europarat (CoE) beschäftigen sich seit Jahren intensiv mit dieser Fra-

ge, wenn auch die bildungspolitische Zuständigkeit letztlich bei den Mitgliedsstaaten liegt. Als ein richtungsweisender Meilenstein ist der »Referenzrahmen für Kompetenzen für eine demokratische Kultur« hervorzuheben, den der Europarat 2017 ins Leben gerufen hat. Er ist als partizipatives Instrument in formalen und nicht-formalen Bildungsbereichen einsetzbar, um demokratische Bildungsprozesse anzuregen und zu strukturieren, aber auch aufzuzeigen, wo Entwicklungsbedarf besteht. Konzeptioneller Mittelpunkt ist das »Kompetenzmodell für eine demokratische Kultur«, welches die wesentlichen Dimensionen einer demokratischen Kultur systematisiert. Als »Schmetterlingsmodell« macht dieser Ansatz deutlich, dass die Förderung von Demokratiekompetenz ganzheitlich zu verstehen ist und sich Demokratiebildung nicht nur auf Teilbereiche beziehen kann, soll sie nachhaltig wirksam sein.

In der aktuellen Krisenlage, in der die Demokratie von innen und außen bedroht ist, hat die EU-Kommission aktuell die Initiative »Europäisches Schutzschild für die Demokratie« (2025) und die »Strategie für die Zivilgesellschaft« (2025) angestoßen. Sie stellt die Freiheit in den Mittelpunkt der zu schützenden demokratischen Grundwerte und macht deutlich, dass die Befähigung der Bürger:innen zur Mitwirkung für die Demokratiebildung unverzichtbar ist. Allerdings ist die Zuständigkeit der EU im Bereich der Jugend- und Bildungspolitik beschränkt und ermöglicht nur koordinierende und fördernde Maßnahmen. Mit der EU-Jugendstrategie (2019–2027) haben sich die Mitgliedstaaten jedoch auf gemeinsame jugendpolitische Ziele geeinigt, bei denen die Beteiligung am demokratischen Leben, die Begegnung durch interkulturellen Aus-



Abb. 1: »Schmetterlingsmodell«: Kompetenzmodell für eine demokratische Kultur (Europarat 2021, S. 13).

tausch und freiwilliges Engagement sowie die Befähigung junger Menschen durch eine qualitative, innovative und anerkannte Jugendarbeit im Mittelpunkt stehen.

Unter dem Motto »Erasmus+ für alle« sollen mit der neuen Programmgeneration ab 2028 künftig Lernmobilitäten, Freiwilligenaktivitäten und der Kapazitätsaufbau in den Bereichen Bildung, Ausbildung, Jugend und Sport unter einem Dach

gebündelt werden. Der Fokus liegt auf Inklusion, Kompetenzerwerb sowie der Förderung von europäischer Identität und demokratischer Teilhabe. Mit einem starken Jugendprogramm will die EU-Kommission dem wachsenden Rechtspopulismus entgegenwirken und auch im Jugendsektor »Preparedness« zur Vorbereitung auf Krisen zu erreichen. Im Sinne der »Union of Skills« sollen die Schlüsselkompetenzen der jungen Generation für eine wettbewerbsfähige

EU umfassend gestärkt werden. Die EU-Kommission setzt mit ihrem Vorschlag bewusst auf eine 'doppelte DNA' des künftigen Erasmus+ Programms: Kompetenzerwerb und Partizipation (Feldmann-Wojtachnia 2025).

Fazit

Wenn das friedliche Miteinander gefährdet ist und sich Werte verschieben, wird die politische Bildung zur Stärkung der Demokratie heraufbeschworen. Besonders Resilienz und das Vertrauen in die Demokratie sind in angespannten Zeiten globaler Bedrohungen zu stärken. Im Mittelpunkt steht dabei die Befähigung, die demokratische Gesellschaft mitzugestalten. Dies verlangt nach einem umfassenden Kompetenzbegriff, der den pädagogischen Konzepten zugrunde liegen und als längerfristiger Lernprozess angelegt sein muss. In der Schule wie in der Jugendarbeit ist dabei das Empowerment junger Menschen in den Vordergrund zu rücken. Hierzu gehört es, die Fähigkeit zum selbstwirksamen Handeln, zu Empathie, zum Perspektivwechsel, zu einem konstruktiven Umgang mit Diversität und Differenz, zu Kritikfähigkeit sowie zu Zivilcourage zu stärken. ■

Literatur

Eine Literaturliste können Sie über die Redaktion anfordern.